

Gemeinsame Erklärung zum Berliner Pharmagespräch 2026

Präambel

Das Berliner Pharmagespräch 2026 steht im Zeichen tiefgreifender Veränderungen der pharmazeutischen Industrie. Geopolitische Unsicherheiten, fragile Lieferketten, steigende Produktionskosten sowie ein intensiver internationaler Standortwettbewerb stellen Unternehmen und Politik gleichermaßen vor neue Herausforderungen. Zugleich ist die pharmazeutische Industrie ein zentraler Pfeiler der Berliner Wirtschaft, der Gesundheitsversorgung und der industriellen Wertschöpfung.

Die unterzeichnenden Parteien – das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, sowie den Verband der Chemischen Industrie Nordost und seinen Fachverbänden, dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie Nordost und dem Verband der forschenden Arzneimittelhersteller – verstehen das Berliner Pharmagespräch als zentrale Dialogplattform zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Gemeinsam verfolgen sie das Ziel, Berlin als leistungsfähigen, innovativen und resilienten Pharma- und Gesundheitsstandort nachhaltig zu stärken.

Darüber hinaus bekennen sich die unterzeichnenden Parteien zur pharmazeutischen Industrie als strategischem Bestandteil der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der industriellen Wertschöpfung und der gesundheitlichen Daseinsvorsorge in Berlin.

Vor diesem Hintergrund verstständigen sich die Beteiligten des Berliner Pharmagesprächs 2026 auf folgende gemeinsame Schwerpunkte:

1. Innovationskraft stärken

Berlin verfügt über eine starke Forschungslandschaft, einen leistungsfähigen industriellen Mittelstand sowie eine wachsende Zahl innovativer Unternehmen entlang der pharmazeutischen Wertschöpfungskette. Diese Stärken sollen gemeinsam weiterentwickelt und besser miteinander verzahnt werden.

Die unterzeichnenden Parteien bekennen sich dazu,

- forschungs- und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für die pharmazeutische Industrie zu sichern und weiter auszubauen,
- den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Industrie zu beschleunigen,
- Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen sowie industrielle Produktionsstandorte gezielt zu unterstützen,
- Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren transparenter, effizienter und planbarer zu gestalten.

Ziel ist es, Berlin dauerhaft als attraktiven Standort für Forschung, Entwicklung und Produktion moderner Arzneimittel zu positionieren und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

2. Resilienz und Versorgungssicherheit erhöhen

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass eine sichere, verlässliche und bezahlbare Arzneimittelversorgung keine Selbstverständlichkeit ist. Resiliente Liefer- und Wertschöpfungsketten sowie leistungsfähige Produktionsstandorte in Deutschland und Europa sind zentrale Voraussetzung für Versorgungssicherheit.

Die unterzeichnenden Parteien verständigen sich darauf,

- die pharmazeutische Produktion in Berlin, Deutschland und Europa als strategischen Bestandteil der Gesundheitsversorgung zu stärken,
- Standortbedingungen für resiliente, diversifizierte und nachhaltige Lieferketten zu verbessern,
- den kontinuierlichen Austausch zur frühzeitigen Identifikation von Versorgungsrisiken auszubauen,
- Versorgungssicherheit als festen Bestandteil einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Industriepolitik zu verankern.

Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit werden dabei als untrennbar miteinander verbunden verstanden: Wirtschaftlich starke Unternehmen sind eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhaft gesicherte Arzneimittelversorgung. Wettbewerbsfähigkeit erfordert verlässliche, planbare und praxistaugliche Rahmenbedingungen. Dazu zählen insbesondere effiziente Verwaltungs- und Genehmigungsprozesse, regulatorische Klarheit sowie langfristige Planungssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte.

Mit dieser gemeinsamen Erklärung zum Berliner Pharmagespräch 2026 bekräftigen die unterzeichnenden Parteien ihren Willen, den Dialog im Rahmen des Berliner Pharmagesprächs fortzuführen und die identifizierten Schwerpunkte gemeinsam in konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Pharma- und Gesundheitsstandorts Berlin zu überführen.

Für das Land Berlin,
vertreten durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe



Franziska Giffey
Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe
sowie Bürgermeisterin von Berlin

Für die beteiligten Verbände der pharmazeutischen Industrie



Dr. Jutta Matreux
Vorstandsvorsitzende Verband der Chemischen Industrie e.V.
Landesverband Nordost